

1. Einleitung

Daß die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland eine oder die Soziale Marktwirtschaft ist, kann heute als Allgemeinplatz gelten. Diese deskriptive Identifizierung der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung mit der Sozialen Marktwirtschaft geht üblicherweise einher mit einer affirmativen Haltung gegenüber der so bezeichneten Wirtschaftsordnung. Der positive Bezug auf die Soziale Marktwirtschaft und auch auf Ludwig Erhard, der gemeinhin als ihr Begründer gilt, ist über alle politischen Grenzen hinweg weit verbreitet. Die beiden Unionsparteien machten die Soziale Marktwirtschaft in den Jahren nach 1948 zu ihrem wirtschaftspolitischen Bekenntnis, und erst in jüngster Zeit wurde dieses Bekenntnis durch Überlegungen zur Notwendigkeit einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ nochmals bekräftigt. Daneben findet sich heute die Bezugnahme auf die Soziale Marktwirtschaft auch regelmäßig in programmatischen Schriften der SPD. Ebenso bildet die Soziale Marktwirtschaft für Bündnis'90/Die Grünen – in der Form der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft – und für die FDP einen maßgeblichen Orientierungspunkt. Doch nicht nur die Parteien, auch Verbände, Kirchen und zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen berufen sich regelmäßig auf die Soziale Marktwirtschaft oder auf Ludwig Erhard. Der klingendste Name in diesem Zusammenhang ist wohl die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), die seit einigen Jahren vor allem durch groß angelegte Medienkampagnen auf sich und die Notwendigkeit einer Neu belebung der Sozialen Marktwirtschaft aufmerksam macht. Doch die INSM ist nur eine von vielen Gruppen, die ähnliche Ziele verfolgen (vgl. Meck 2003). Neben den allgegenwärtigen affirmativen Bezugnahmen auf die Soziale Marktwirtschaft durch politische und gesellschaftliche Gruppen läßt sich anhand empirischer Untersuchungen auch eine „Konsensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft“ in der breiten Bevöl-

kerung konstatieren (vgl. Föste/Janßen 1999). Hinzu kommt nicht zuletzt, daß die Soziale Marktwirtschaft, obwohl das Grundgesetz sich nicht auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung festlegt (vgl. Papier 1999), spätestens im Zuge der Wiedervereinigung in der Präambel und im Artikel 11 des Vertrags über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion quasi-verfassungsrechtlich als bundesdeutsche Wirtschaftsordnung festgeschrieben wurde (vgl. Gutmann 1997; Willgerodt 1999: 116/17). Die Bezugnahme auf das Paradigma der Sozialen Marktwirtschaft ist also allgegenwärtig, auch wenn man dabei einschränkend berücksichtigen muß, daß diese allgegenwärtige Bezugnahme keineswegs bedeutet, daß sich alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte darin einig sind, was unter Sozialer Marktwirtschaft zu verstehen ist. Trotz dieser Einschränkung läßt sich aber feststellen, daß das, was als die diskursive Formierung der Sozialen Marktwirtschaft charakterisiert werden kann, heute insofern eine hegemoniale Stellung im wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland einnimmt, als sich offenbar niemand, der im Rahmen dieses Diskurses auftritt, außerhalb dieses Paradigmas positionieren darf, wenn seine oder ihre Artikulation als politisch relevante Artikulation gelten soll.

Dies wirft die Frage auf, die den ersten Anstoß zu dieser Untersuchung gab, nämlich die Frage, wie sich die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft etablierte, auf welche Weise das Projekt Soziale Marktwirtschaft so erfolgreich werden konnte. Folgt man diesem ersten Anstoß, so stellt sich auf der theoretischen Ebene rasch die allgemeine Frage danach, wie hegemoniale Praxis grundsätzlich funktioniert, auf welchen Strukturen und Mechanismen sie aufbaut und welche Faktoren für erfolgreiche Hegemonien kennzeichnend sind. Die gründliche theoretische Erörterung der hegemonialen Mechanismen, so die Überlegung, erlaubt es schließlich auch zu rekonstruieren, wie die Funktionsweise der hegemonialen Praxis im spezifischen Fall der Sozialen Marktwirtschaft zu verstehen ist. Folglich wird es das erste Ziel der folgenden Untersuchung sein, das komplexe Phänomen der Hegemonie theoretisch begreifbar zu machen. Im Anschluß hieran wird dann zweitens die Frage untersucht, wie das, was zunächst als hegemoniales Projekt und später als Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnet werden kann, funktioniert. Solchermaßen das Funktionieren der Hegemonie zum Gegenstand der Untersuchung zu machen, bedeutet auch, daß es nicht primär darum gehen wird, die Entstehung der Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft in ihrer historischen Entwicklung zu rekonstruieren, wenngleich der historische Kontext der späten 1940er und der 1950er Jahre eine wichtige Rolle spielen wird. Entscheidend ist jedoch, das hegemoniale Projekt bzw. die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft als

spezifischen Fall eines allgemeinen hegemonalen Operationsmodus zu begreifen und im Zuge der Analyse der Sozialen Marktwirtschaft die Validität der theoretisch hergeleiteten Aussagen zu diesem Operationsmodus zu überprüfen.

Damit die theoretische Fragestellung nach dem Funktionieren hegemональer Praxis gezielt verfolgt werden kann, ist es erforderlich, den hier zugrunde gelegten Begriff der Hegemonie in möglichst präziser Form einzuführen. Er zeichnet sich zunächst vor allem durch zwei Eigenschaften aus: Erstens ist Hegemonie eine bestimmte Art der Vorherrschaft, und zweitens ist sie ein diskursives Phänomen. Was bedeutet es also, *Hegemonie als diskursives Phänomen der Vorherrschaft* zu konzeptualisieren? Diese Begriffseingrenzung weist zunächst darauf hin, daß es nicht, oder jedenfalls nicht in erster Linie, um die Vorherrschaft eines Individuums oder einer Gruppe geht, wenn von Hegemonie die Rede ist. Vielmehr geht es um die Vorherrschaft einer bestimmten Konstellation gesellschaftlich geteilten Sinns bzw. die Vorherrschaft einer bestimmten Form dessen, was als diskursive Formierung bezeichnet werden kann. Eine solche Konstellation oder Formierung herrscht nicht im Sinne einer einmal etablierten und dann fixen Struktur vor, sondern man hat es mit einer sich kontinuierlich reproduzierenden Praxis zu tun. Mit anderen Worten läßt sich eine Hegemonie auch als die Vorherrschaft eines bestimmten Musters diskursiver (Re-)Produktion bezeichnen. Hegemonie wird also im folgenden nicht als Zustand, sondern als fortgesetzte Praxis begriffen. Ein solchermaßen dynamisches Verständnis beruht zum einen auf der Überlegung, daß diskursive Strukturen immer aufs Neue von Ereignissen erschüttert werden und somit zu Volatilität neigen, weshalb sie kontinuierlich reproduziert werden müssen; und zum anderen auf der Annahme, daß im Zuge dieses Reproduktionsprozesses ebenso kontinuierlich die diskursive Wahrnehmbarkeit dieser Muster hergestellt werden muß.¹

1 Es seien noch drei Erläuterungen zum hier verwendeten Begriff der Hegemonie hinzugefügt: Erstens bezieht er sich auf Phänomene der politisch-diskursiven Vorherrschaft in liberalen und pluralistischen Demokratien; über diesen politischen Kontext hinaus wird kein Verallgemeinerungsanspruch erhoben. Zweitens läßt sich sagen, daß sich, obwohl der Begriff des Diskurses sehr weit gefaßt werden wird, Hegemonie aufgrund ihrer Verschränkung mit dem symbolischen Raum des Diskurses von einer anderen Form der Vorherrschaft unterscheiden läßt, nämlich der Vorherrschaft durch Anwendung physischer Gewalt. Denn Gewalt stellt immer auch eine Grenze des Diskurses dar. Drittens schließlich unterscheidet sich die Lesart des Hegemoniebegriffs als Vorherrschaft eines bestimmten Musters diskursiver (Re-)Produktion maßgeblich von jenem Hegemoniekonzept, nach dem in der Lehre der Internationalen Beziehungen verbreitet von der Hegemonie

Um zu verstehen, wie im folgenden Diskurs und Diskursivität konzeptioniert werden, hilft es, einen kurzen Blick auf die frühe Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft zu werfen: Der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ geht auf Alfred Müller-Armack zurück, der ihn 1946 in seiner Abhandlung *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* erstmals an prominenter Stelle verwendete.² Allerdings fällt die Konzeption, die sich mit diesem Begriff verbindet, natürlich nicht vom Himmel. Die ideengeschichtlichen Wurzeln der „Sozialen Marktwirtschaft“ sind schon vielfach beleuchtet worden (vgl. in jüngerer Zeit z.B. Gutmann 1998; Reuter 1998; Grosskettler 1999; Löffler 2002: 40-86; sowie vor allem Quaas 2000) und sollen daher hier nur in knappster Form präsentiert werden. Von großem Einfluß waren insbesondere die Ideen des Ordo- und des Neoliberalismus, die sich neben Müller-Armack unter anderem mit den Namen von Walter Eucken, Friedrich August von Hayek, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow verbinden. Angesichts der Krisenanfälligkeit einer weitestgehend unregulierten *Laissez-faire*-Wirtschaft bestand der Kern des ordo-/neoliberalen Denkens darin, daß die grundsätzlich marktwirtschaftliche Ordnung eingebettet wird in einen staatlichen Rahmen,

eines Staates gesprochen wird (vgl. hierzu knapp Kallscheuer 1995: 174). Dieser Unterschied besteht nicht nur, weil Hegemonie im internationalen Staatsystem üblicherweise auch (keineswegs nur, aber auch) mit der Fähigkeit einhergeht, in ernst zu nehmender Weise Gewalt anzudrohen und sie gegebenenfalls exemplarisch anzuwenden. Er zeigt sich ebenso darin, daß die Vorstellung einer hegemonialen diskursiven Struktur nicht mit der Notwendigkeit eines hegemonialen Akteurs einhergeht. So kann es innerhalb einer hegemonialen diskursiven Formierung mitunter einen Ort für einen Hegemon geben, es muß aber nicht.

- 2 Wobei wohl dauerhaft unklar bleiben wird, was der Schöpfungsakt umfaßt (vgl. auch Quaas 2000: 43-47). Die Begriffskombination selbst könnte auch schon im nationalsozialistischen Reichswirtschaftsministerium zirkuliert sein. Eventuell wurde sie dort von Karl Günther Weiss – wie dieser selbst behauptete, am 12. Januar 1945 – erstmals für die Bezeichnung der geplanten Nachkriegswirtschaftsordnung vorgeschlagen. Weiss war zu dieser Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter des stellvertretenden Staatssekretärs Otto Ohendorf und will den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ niemand geringerem als Ludwig Erhard nahegebracht haben, als letzterer einen Termin im Reichswirtschaftsministerium wahrnahm. Auch wird berichtet, „eine reizende blonde Sekretärin im Reichswirtschaftsministerium, die ‚Schöne Helena‘ genannt“ (aber darüber hinaus in der verfügbaren Literatur namenlos bleibend), habe den Begriff erstmals an markanter Stelle zu Papier gebracht, und zwar zur Beschriftung eines – alsbald verschollenen – Kartons mit verschiedenen Drucksachen (vgl. Der Spiegel 1997: 97). Insofern mag sich der Müller-Armacksche Schöpfungsakt darauf beschränken, daß er den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“, den er anderweitig gehört hatte (er war z.B. mit Ludwig Erhard seit 1940/41 bekannt), in einer Form diskursiv zirkulieren ließ, der eine wissenschaftliche und politische Rezeption erlaubte.

der das reibungslose Funktionieren des Marktes garantiert und dabei insbesondere gegen Wettbewerbsverzerrungen vorgeht. Allerdings sollte der Staat niemals unmittelbar in Wirtschaftsprozesse intervenieren, sondern sich im wesentlichen auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung beschränken, also Wirtschaftspolitik eher im Sinne einer Ordnungspolitik als im Sinne einer Prozeßpolitik betreiben (vgl. zu den Prinzipien der Ordnungspolitik v.a. Eucken 1952: 241-324). Innerhalb der Ideengeschichte kann als weiterer wichtiger Einfluß auf die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft die katholische Soziallehre bzw. allgemeiner die christliche Sozialethik gesehen werden, wobei man deren Rezeption insbesondere bei Müller-Armack, Röpke und Rüstow feststellen kann (vgl. Gutmann 1998: 62-63). Dies gilt vor allem hinsichtlich der anthropologischen Grundlegung, wo der Einfluß der christlichen Soziallehre dazu führt, daß neben das individualistische liberale Menschenbild das Bild des sozial gebundenen Menschen tritt. Die gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien des Sozialkatholizismus, Subsidiarität und Solidarität, finden so Eingang in viele Lesarten – eine einheitliche Lesart gibt es nicht – der Sozialen Marktwirtschaft.

Das verbreitete Verständnis des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ geht jedoch nicht nur auf ideengeschichtliche Einflüsse zurück, sondern auch auf politische Maßnahmen, die unter Bezug auf das Konzept umgesetzt wurden. Dabei ist insbesondere an die Wirtschafts- und Währungsunion im Juni 1948 zu denken, die vielen Interpretatoren als Beginn der Sozialen Marktwirtschaft gilt (vgl. z.B. Schlecht 1998: 37; von Hauff/Sauer 2004), insofern als mit der sich bald (aber nicht sofort) einstellenden Geldstabilität und der Freigabe vieler Preise zentrale Elemente einer funktionierenden marktwirtschaftlichen Ordnung etabliert wurden. Aber von nicht minderer Bedeutung sind die politisch-korporatistischen Reaktionen auf den Koreaboom bzw. die Koreakrise (vgl. Abelshauser 1983: 76-82) sowie die wichtigen sozialpolitischen Weichenstellungen der 1950er Jahre, allen voran die Rentenreformen von 1957, die bewirkten, daß in der öffentlichen Wahrnehmung die „Soziale Marktwirtschaft“ in einer Bedeutung Prominenz erlangte, die der vielzitierten Charakterisierung durch Alfred Müller-Armack aus dem Jahr 1956 entspricht: „*Sinn* der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“ (Müller-Armack 1966[1956]: 243, Herv. i.O.).

Ausgehend von der nun skizzierten frühen Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft wird es möglich, das hier zugrunde liegende Verständnis von Diskurs und Diskursivität genauer zu umreißen. Den Ausgangspunkt hierfür bildet das Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ selbst. Auf den ersten Blick sieht es danach aus, als meine „Soziale Marktwirt-

schaft“ zweierlei: zum einen ein Konzept und das heißt, eine bestimmte symbolische Repräsentation einer vorhandenen oder einer zu schaffenden Wirklichkeit und zum anderen eine bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Praxis. Hierbei scheinen in der symbolischen Repräsentation im weitesten Sinne Zeichen zueinander in Beziehung gesetzt zu werden, in der Praxis hingegen Objekte oder Dinge.

Doch entscheidend für das hiesige Konzept der Diskursivität ist nun die Erkenntnis, daß Zeichen und Objekte eines gemeinsam haben: Sie gewinnen erst dann in spezifischer Weise Sinn und Bedeutung, wenn sie zueinander in Beziehung gesetzt und in der einen oder anderen Weise angeordnet werden, das heißt, sobald sie als different verstanden werden. Im Anschluß an die strukturalistische und poststrukturalistische Theorietradition – aber durchaus auch in einer gewissen Nähe zum Luhmannschen Sinnbegriff – ist es genau diese sinnstiftende Praxis der Differenzierung und der Relationierung, die im Zentrum des hier verwendeten Diskursverständnisses steht. Zeichen und Objekte können also als Äquivalente begriffen werden, wenn sie in ihrer jeweiligen Funktion als sinnhafte Elemente – und das heißt in ihrer Funktion als diskursive Elemente – untersucht werden. Es ist diese Form der Generierung von Sinn und Bedeutung, und zwar im gesellschaftlichen Rahmen, die den Kern des hier verwendeten Diskursbegriffs ausmacht. Diskurs lässt sich dementsprechend begreifen als eine komplexe gesellschaftliche Praxis fortlaufender Artikulation, in deren Verlauf Sinn und Bedeutung generiert werden, indem einzelne Elemente als differente und damit diskursive Elemente miteinander in bestimmter Weise in Beziehung gesetzt und angeordnet werden.

Aufbauend auf diesem Diskursverständnis lässt sich nun die obige Überlegung, daß sich Hegemonien diskursiv konstituieren bzw. daß sie diskursive Phänomene sind, dahingehend konkretisieren, daß im Zuge hegemonialer Praxis diskursive Elemente verschiedenster Art gemäß einem bestimmten Muster – dem im folgenden zu erarbeitenden Muster der Hegemonie – differenziert und angeordnet werden. Dabei sind alle hegemonialen Projekte und Hegemonien von der grundlegenden Relationalität, der Beweglichkeit und der Kontingenz jedes diskursiven Geschehens affiziert. Hegemonien sind, mit anderen Worten, nur denkbar, weil sich Sachverhalte auf diese oder jene Weise artikulieren lassen, weil sich Objekte in diesen oder jenen Zusammenhang miteinander bringen lassen und nicht zuletzt, weil sich soziale Kräfte auf diese oder jene Art miteinander verknüpfen lassen. Zugleich aber ist hegemoniale Praxis dadurch gekennzeichnet, daß sie trotz der Relationalität und Beweglichkeit diskursiver Formierungen eine relativ stabile Differenzordnung hervorbringt, die deswegen so stabil ist, weil sie von einer Vielzahl

von diskursiven Artikulationen unterstützt wird. In diesem Sinne läßt sich auch die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft als Verstetigung eines komplexen Netzes von diskursiven Elementen im wirtschaftspolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland begreifen.

Wir haben uns der Bedeutung der Hegemonie bislang über seine allgemeine, diskursive Funktionsweise angenähert. Um nun spezifischer beschreiben zu können, wie hegemoniale Praxis funktioniert, d.h. um zu erfassen, mit welcher Art von diskursiven Mustern hegemoniale Praxis operiert, ist es erforderlich zu verstehen, worin das Ziel³ hegemonialer Praxis besteht, was also eine erfolgreiche Hegemonie ausmacht. Dafür muß den beiden obigen Charakterisierungen der Hegemonie – „Vorherrschaft“ und „diskursiv“ – eine weitere hinzugefügt werden: Hegemonie ist – drittens – ein politisches Phänomen. Das bedeutet zum einen, daß sich Hegemonien, was schon im Begriff der „Vorherrschaft“ angelegt ist, im *Konflikt* mit alternativen hegemonialen Projekten konstituieren, wobei als hegemoniales Projekt jede hegemoniale Praxis bezeichnet wird, die sich (noch) nicht erfolgreich als Hegemonie etabliert hat. Es bedeutet aber zum anderen, daß in diesem Konflikt das *allgemeine* Wohlergehen einer bestimmten Bezugsgruppe verhandelt wird (oder ein Aspekt desselben, wie im Falle der Sozialen Marktwirtschaft die ökonomische Wohlfahrt). In diesem Sinne von „politisch“ kann eine hegemoniale Vorherrschaft dann als etabliert gelten, wenn sich im Verlauf eines spezifischen politischen Diskurses innerhalb der betroffenen Bezugsgruppe ein tatsächlicher gemeinsamer Wille⁴ zur Regelung gemeinschaftlicher Angelegenheiten herausbildet und als solcher auch diskursive Relevanz erlangt. Vereinfacht gesprochen werden hegemoniale Projekte dann zu Hegemonien, wenn es gelingt, mit der Hauptforderung, die ein solches Projekt kennzeichnet – etwa „Soziale Marktwirtschaft!“ – die politischen Forderungen einer genügend großen und differenzierten Zahl von politisch-gesellschaftlichen Kräften so „aufzufangen“, daß sich diese das Projekt zu eigen machen. Dadurch wird der Anspruch, am allgemeinen Wohlergehen orientiert zu sein, performativ immer mehr bestätigt und bekräftigt, im Idealfall so lange, bis die Erfüllung der Hauptforderung eines hegemonialen Projekts mit der Verwirklichung

3 Der Begriff „Ziel“ wird hier in Ermangelung eines besseren Begriffs gewählt. Da Hegemonien und hegemoniale Projekte in kontinuierlicher Praxis bestehen, kann es sich bei dem Ziel *nicht* um einen *Zielpunkt* handeln. Vielmehr ist mit Ziel eine Art Zustand gemeint, aber kein Zustand im statischen Sinne, sondern ein fließender Zustand.

4 Wobei gemeinsamer Wille nicht bedeutet, daß es keine abweichenden Meinungen geben kann. Es geht bei Hegemonien, wie eingangs ausgeführt, ja um Vorherrschaft, nicht um totale oder umfassende Herrschaft.

des allgemeinen Wohls äquivalent gesetzt wird und die Infragestellung dieser Forderung die jeweilige Sprecherin oder den jeweiligen Sprecher innerhalb des betreffenden politischen Diskurses delegitimiert.

Nachdem der Begriff der Hegemonie nun einführend mit Hilfe der Attribute „diskursiv“, „politisch“ und „Vorherrschaft“ erläutert wurde, läßt sich das eingangs formulierte doppelte Untersuchungsziel nochmals wie folgt reformulieren: Erstens wird in theoretischer Weise erhellt werden, wie diskursive Muster, die im Zuge hegemonialer Praxis artikuliert werden, typischerweise aussehen. Um dabei zu erfassen, daß es sich bei einem solchen Muster um eine bestimmte Form des Arrangements diskursiver Elemente handelt, und um gleichzeitig zu verdeutlichen, daß man es nicht mit einem fixierten Muster, sondern sowohl mit einem dynamisch auf die Hegemonie hin orientierten Arrangement als auch mit dem Prozeß des Arrangierens zu tun hat, wird im folgenden der Begriff der hegemonialen Strategie verwendet. Von hegemonialen Strategien wird also gesprochen, um jene Formen der Formierung von diskursiven Elementen zu erfassen, die sich aus der rückwärts blickenden Perspektive bei bereits konstituierten Hegemonien typischerweise finden lassen. Diese Strategien und ihre einzelnen Bestandteile, die als hegemoniale Strategeme bezeichnet werden, zu rekonstruieren, wird letztlich das Ziel der theoretischen Analyse sein. Dabei wird sich als hegemoniale Strategie eine diskursive Strategie, das heißt eine Form der Formierung diskursiver Elemente, rekonstruieren lassen, die, indem sie eine klare Alternative zwischen dem Gemeinsamen und dem Anderen artikuliert, den angesprochenen gemeinsamen Willen in bezug auf die Herstellung des allgemeinen Wohlergehens ermöglicht und fördert.

Zweitens besteht das Untersuchungsziel im Anschluß an die theoretische Analyse dann darin, die Frühphase des hegemonialen Projekts bzw. der emergierenden Hegemonie um die „Soziale Marktwirtschaft“ (1946-1959) empirisch zu untersuchen, um das dortige Operieren der hegemonialen Strategie nachzuvollziehen. Diese diskursanalytische Studie soll die theoretische Rekonstruktion hegemonialer Strategien also überprüfen und gegebenenfalls ergänzen oder vertiefen.

Um keinen Mißverständnissen Vorschub zu leisten, möchte ich noch hervorheben, worum es mir im folgenden *nicht* geht: Es geht *nicht* darum, einen „Werkzeugkasten“ zur erfolgreichen Etablierung von Hegemonien zusammenzustellen. Ebenso wenig soll geklärt werden, *weshalb* sich bestimmte Hegemonien in bestimmten Kontexten konstituieren (es geht *nicht* um das *weshalb*, sondern um das *wie*). Beiden Unterfangen steht entgegen, daß es im diskursiven und sozialen Geschehen schlüssig zu viele Unwägbarkeiten gibt, wodurch Aussagen in bezug auf Einzelfälle nahezu unmöglich werden. Diskursive Strukturen konstituieren sich

vor unterschiedlichsten Hintergründen und sie werden häufig in unvorhersehbarer Weise durch Ereignisse und Entscheidungen erschüttert und verschoben. Das verhindert positive prognostische Aussagen – etwa im Sinn von „dies und jenes wird zur Hegemonie führen“ – ebenso wie Aussagen darüber, warum sich in einem bestimmten Fall letztlich diese und nicht eine andere Hegemonie ausgebildet hat.

Ehe ich im Anschluß noch einen Überblick über die Kapitelfolge gebe, soll diese Untersuchung noch kurz vor ihrem disziplinären und ihrem theoretischen Hintergrund verortet werden. Als politische Phänomene fallen Hegemonien zweifelsohne in den Gegenstandsbereich der Politischen Wissenschaft. Gleichzeitig aber liegt es aufgrund der diskursiven Beschaffenheit von Hegemonien nahe, auf den Fundus der Diskurswissenschaften zurückzugreifen. Dabei tritt das nicht geringe Problem auf, daß die Diskurswissenschaften (also Diskurstheorie und Diskursanalyse, wobei diese beiden nicht völlig trennscharf sind) in der Politischen Wissenschaft im allgemeinen, aber vor allem in der deutschsprachigen Politischen Wissenschaft bislang nur wenig rezipiert wurden.⁵ Aus diesem Grund verfolgt die hier vorliegende Untersuchung auch das Ziel, der Politischen Wissenschaft das diskurstheoretische und diskursanalytische Instrumentarium nahezubringen und zur Theoretisierung und Analyse politischer Diskurse innerhalb der politikwissenschaftli-

5 Das Bemühen um eine Verknüpfung der deutschen Politischen Wissenschaft mit den Diskurswissenschaften ist allenfalls vereinzelt auszumachen, z.B. bei Karl-Werner Brand (1994), bei Reiner Keller (1997; 1998) oder auch jüngst bei Hurrelmann et al. (2005). Einige Untersuchungen von politikwissenschaftlichem Interesse finden sich auch in der Soziologie (vgl. z.B. Schwab-Trapp 2002). Einen Überblick über die (Nicht-)Auseinandersetzung von deutscher Politischer Wissenschaft und Diskurswissenschaften bietet Nullmeier (2001). Siehe hierzu genauer 2.1.2. Außerhalb Deutschlands gibt es einige wichtige Vorarbeiten, insbesondere Maarten A. Hajers wegweisende vergleichende Policy-Studie *The Politics of Environmental Discourse* (1995). Hajaer formuliert für seine Analyse der umweltpolitischen Diskurse in Großbritannien und den Niederlanden ein Erkenntnisinteresse, das dem hiesigen in drei wichtigen Punkten entspricht (vgl. ebd.: 44): Zum einen untersucht er, wie ein bestimmtes Problemverständnis auf Kosten anderer Konzeptionierungen die Vorherrschaft erringen konnte. Des Weiteren geht es ihm um eine Untersuchung der diskursiven Repräsentationslogik, was sich weitgehend mit dem hier formulierten Desiderat der Rekonstruktion des Funktionierens diskursiver Prozesse deckt. Schließlich fragt er nach der Konstituierung von „Bedeutungskoalitionen“, eine Frage, die auch hier thematisiert werden wird, wenngleich ich sie enger als Hajaer mit der Frage nach dem komplexen Verhältnis von Diskurs und Subjekt verknüpfen werde. Bei aller Ähnlichkeit eines Teils der Fragestellungen werde ich im Vergleich zu Hajers wichtiger Pionierarbeit andere Wege der Beantwortung gehen und in zentralen Bereichen zu anderen Antworten kommen.

chen Disziplin anzuregen. Sie greift dazu verstkt auf Theorien aus dem strukturalistischen, poststrukturalistischen und post-marxistischen Theorieraum zurük, die, obschon sie ihren avantgardistischen Status zu Beginn des 21. Jahrhunderts weitestgehend eingebt haben, bis heute in die Politische Wissenschaft bzw. die Politische Theorie kaum Eingang gefunden haben. Das bedeutet auch – dieser Hinweis sei hier gleich einleitend gegeben –, daß sich die Rede von der Diskurstheorie nicht auf die Habermassche Begriffstradition des Diskurses bezieht. Als wichtigste theoretische Inspirationsquelle des Folgenden müssen hingegen allen voran die diskurstheoretischen Schriften Ernesto Laclaus, von denen entscheidende Teile gemeinsam mit Chantal Mouffe verfaßt wurden, genannt werden (vor allem Laclau/Mouffe 1985; Laclau 1990; Laclau 1996; Butler et al. 2000; Laclau 2005). Laclaus und Mouffes Schriften sind für die hier verfolgten Fragestellungen deshalb von besonders hoher Bedeutung, weil es diese beiden TheoretikerInnen waren, die – unter anderen auf Antonio Gramsci rekurrierend (vgl. Mouffe 1979) – den komplexen Zusammenhang von Diskurs und Hegemonie in jüngerer Zeit überhaupt erst wieder ins Zentrum theoretischer Analyse gerkt haben. Neben Laclau/Mouffe kann natürlich kaum eine diskurstheoretische Untersuchung ohne Bezug zu Michel Foucault auskommen, der auch hier eine wichtige Quelle bildet. Hinzu treten weitere Einflusse aus dem (post)strukturalistischen Theorieraum (z.B. Lacan und Althusser), aber auch von AutorInnen, die eher zum „Kanon“ der Politischen Theorie gehören, insbesondere Carl Schmitt, Hannah Arendt und Claude Lefort, deren jeweilige Überlegungen zum Begriff des Politischen in die Erörterung der Frage, was einen politischen Diskurs und damit das diskursive Terrain der Hegemonie ausmacht, einfließen werden.

Die Kapitelfolge dieses Buches orientiert sich in ihrem theoretischen Teil (Kapitel zwei bis fünf) an den drei Attributen, mit denen das Konzept der Hegemonie eben verknpt wurde: diskursiv, politisch, Vorherrschaft. In den Kapiteln zwei und drei wird untersucht, welche Konsequenzen es hat, Hegemonie als diskursives und als politisches Phänomen zu konzeptualisieren. Die Kapitel vier und fünf befassen sich dann mit den Kernaspekten der Hegemonie, d.h. mit dem hegemonialen Modus der Vorherrschaft und den strategischen Wegen zur Erreichung derselben.

Im zweiten Kapitel wird grundlegend erörtert, wie diskursive Mechanismen funktionieren, und dabei insbesondere die Funktion des diskursiven Elements „Soziale Marktwirtschaft“ in Augenschein genommen. Hierzu nehme ich nach einem Überblick über das breite Feld der Diskurstheorie zuerst eine theoretische Vertiefung des eben schon skizzierten Diskursverständnisses vor. Im Anschluß daran wird näher untersucht, wie sich diskursive Elemente verhalten, wobei ich die

diskursiv-sprachlichen Elementen (sprachliche Zeichen) hervorhebe, auch wenn Diskurs und Sprache nicht als deckungsgleich verstanden werden (Sinnproduktion geschieht nicht nur sprachlich, sondern, wie oben dargestellt, auch durch nicht-sprachliche Artikulationen, die etwa Objekte in bestimmter Weise miteinander in Beziehung setzen). Unter Bezugnahme auf das zentrale sprachliche Zeichen des hier interessierenden Diskurses, nämlich das Zeichen „Soziale Marktwirtschaft“, wird die umfassende Relationalität und Dynamik, die jedem Diskurs und seinen Artikulationen aneignet, detailliert herausgearbeitet. Ich werde zeigen, warum sich angesichts dieser diskursiven Relationalität und Dynamik eine „Eigentlichkeit“ von Sinn und Bedeutung weder durch den Bezug auf eine Art metaphysischer Essenz herstellen läßt, noch durch den Bezug auf eine unverrückbare Objektivität oder auf einen unhintergehbaren historischen Ursprung. Im Anschluß daran wird eine Skizze des Netzes der diskursiven Elemente, die sich um die „Soziale Marktwirtschaft“ anordnen, erstellt und auf dieser Grundlage eine Typologie der Beziehungsarten, die zwischen diskursiven Elementen auftreten, entworfen.

Nach der allgemeinen Erörterung diskursiver Funktionsmechanismen besteht der nächste Schritt, vorgenommen im dritten Kapitel, darin, die spezifische Gestalt desjenigen diskursiven Raums genauer zu betrachten, in dem Hegemoniephänomene zu verorten sind: Dies ist der Raum des Politischen. Es geht also darum herauszufinden, was einen politischen Diskurs als solchen auszeichnet. Hierzu muß die Frage danach, was das Politische ausmacht, beantwortet werden, denn ein Begriff des Politischen kann einen heuristischen Maßstab dafür liefern, unter welchen Bedingungen ein Diskurs als politischer Diskurs zu begreifen ist. Nach einer kurz gehaltenen Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Verständnis des Politischen bei Carl Schmitt und bei Hannah Arendt werde ich vorschlagen, den bei Schmitt vorzufindenden konfliktzentrierten und den bei Arendt festzustellenden bürgerschaftlich-gemeinwohlorientierten Begriff des Politischen komplementär zu lesen, obwohl diese beiden Begriffstraditionen häufig als miteinander unvereinbare Traditionen begriffen werden. Die komplementäre Lektüre führt zu der Überlegung, als politische Diskurse jene Diskurse zu begreifen, in denen ein (je spezifisches) Allgemeines⁶ in konflikthafter Weise verhandelt

6 Der Begriff des Allgemeinen wird als ein formaler Begriff eingeführt (vgl. 3.1), um das zu bezeichnen, was in verschiedenen theoretischen Kontexten verschiedene, aber jeweils interpretatorisch sehr aufgeladene Begriffe erfassen. All diesen Begriffen ist gemeinsam, daß sie eine Idealität des sozialen und politischen Zusammenlebens zu bezeichnen suchen. Als Beispiele lassen sich nennen: das Gemeinsame, das Gemeinschaftliche, das Ganze, das Gemeinwohl, das allen gerecht Werdende, Gerechtigkeit.

wird. Im Anschluß hieran wird die vermeintliche Paradoxie, die in der Gleichzeitigkeit der per definitionem einheitlichen Allgemeinheit und des auf Differenz gründenden Konfliktes liegt, im Zuge einer Rekonstruktion einiger zentraler Aspekte des Denkens von Claude Lefort, Marcel Gauchet und Ernesto Laclau näher untersucht. Begreift man in Übereinstimmung mit diesen Denkern das Allgemeine als einen leeren Ort, der in der politischen Praxis immer aufs Neue symbolisch gefüllt werden muß, dann erscheint die vermeintliche Paradoxie weniger paradox, weil es im symbolischen Raum mehrere Kandidaten gibt, die miteinander um die Repräsentation des Allgemeinen ringen. So wird deutlich, daß das (leere) Allgemeine von den Konflikten, die sich aufgrund der Notwendigkeit seiner symbolischen Anfüllung ergeben, tatsächlich nicht zu trennen ist.

Das dritte Kapitel wird abgeschlossen durch die Untersuchung der Frage, wie es in Diskursen gelingt, das politisch „Gute“ zu signifizieren. Unter Rückgriff auf die Erläuterungen zum Politischen und auf das von Ernesto Laclau entworfene Theorem des leeren Signifikanten wird erläutert, daß das „Gute“ im politischen Diskurs nur signifiziert werden kann, wenn ein diskursives Element seine eigentliche Funktion, innerhalb des Differenzsystems Diskurs Sinn und Bedeutung zu generieren, verliert und statt dessen auf die Einheit und Vollkommenheit jenseits des Differenzsystems, also auf das „Allgemeine“ verweist.

Nachdem mit Hilfe des zweiten und des dritten Kapitels erhellt werden konnte, in welcher Weise Hegemonien als diskursive und als politische Phänomene zu begreifen sind, wendet sich das vierte Kapitel dem Kern des Hegemonieproblems zu und untersucht die Frage, was unter Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie zu verstehen ist und wann sie als erreicht gelten kann. Nach einem kurzen Abschnitt zur begrifflichen Differenzierung des Begriffsfeldes um die Hegemonie wird zunächst unter Rückgriff auf den unbestrittenen Klassiker jeder Hegemonietheorie, Antonio Gramsci, die bereits oben erwähnte Überlegung, daß Hegemonie auf der Formierung eines gemeinsamen Willens in bezug auf ein Allgemeines beruhe, hergeleitet. Als zentrale Elemente dieser Formierung werden im folgenden die Subjektivierung durch ein hegemoniales Projekt und die Koordinierung dieser Subjektivierung (mit dem Ziel diskursiver Präsenz oder Wahrnehmbarkeit) ausgemacht.

Mit Blick auf die Subjektivierung erörtere ich zunächst die Problematik der Beziehung zwischen Subjekt und Diskurs. Diese Erörterung läuft darauf hinaus, Subjekte und Diskurse als gleichursprünglich zu verstehen. Das heißt, es wird zum einen angenommen, daß die Subjektivitäten von Individuen oder Gruppen diskursiv produziert werden, indem sie für diskursiv bereitgehaltene Subjektpositionen rekrutiert werden.

Zum anderen aber ist der Rekrutierungsprozeß, der ja nicht nach vorbestimmten Schemata abläuft, nur denkbar, wenn die Artikulationsentscheidungen der Individuen und Gruppen dabei als Faktor berücksichtigt werden. Für diese Entscheidungen spielt jedoch wiederum der Kontext der immer schon bestehenden Subjektivität eine Rolle. Somit besteht eine komplexe Wechselbeziehung zwischen Subjekt und Diskurs, die als Gleichursprünglichkeit verstanden werden soll. Ein gemeinsamer Wille verschiedener Individuen und Gruppen kann nun im Anschluß hieran dann als etabliert gelten, wenn diese sich durch dasselbe diskursive Projekt subjektivieren lassen, das heißt sich für die von diesem Projekt zur Verfügung gestellten Subjektpositionen rekrutieren lassen.

Die Koordinierung dieser Subjektivierung ist von hoher Wichtigkeit, weil es nicht einfach darauf ankommt, daß möglichst viele Individuen zu Subjekten eines hegemonialen Projekts werden, sondern vor allem darauf, daß damit auch ein möglichst hoher diskursiver Widerhall einhergeht. Damit dieser erzielt werden kann, müssen üblicherweise unterschiedlichste, jeweils diskurspezifische Voraussetzungen erfüllt sein, von denen nur eine darin besteht, daß sich möglichst viele Individuen für eine Subjektposition rekrutieren lassen. Weitere Voraussetzungen können die Anzahl ergänzen oder sie ganz ersetzen, so beispielsweise der Zugang zu den institutionellen Orten politischer Entscheidung, finanzielle Mittel, wissenschaftliche Kompetenz, klerikale Kompetenz, ein besonderer Bezug zum betreffenden Aspekt des Allgemeinen, Herkunft etc. Die koordinierte Subjektivierung verschiedener Individuen, denen die Erfüllung entsprechender Voraussetzungen diskursiv zugeschrieben wird, kann die diskursive Wahrnehmbarkeit steigern. Außerdem spielt, vor allem in Demokratien, die Koordinierung von Quantitäten (von Subjekten, von finanziellen Mitteln, des Zugangs zu den Orten der politischen Entscheidung etc.) eine wichtige Rolle. Weil also die gelungene Koordinierung aus zweierlei Sicht bedeutend ist, und weil Gruppen am ehesten in der Lage sind, Koordinierungsleistungen zu erbringen, sind – wiederum vor allem in Demokratien – Gruppensubjekte von hoher Bedeutung. Zwei unterschiedliche Arten der Gruppierung von Subjekten spielen in politischen Diskursen für die Ausbildung von Hegemonien eine wichtige Rolle und werden im vierten Kapitel in ihrer diskursiven Funktionsweise eingehend untersucht werden: institutionalisierte Gruppen und Diskurskoalitionen.

Im fünften Kapitel, mit dem der Theorieteil dieser Arbeit beendet wird, werden sodann die hegemonialen Strategien untersucht. Dabei diskutiere ich zunächst die Problematik, die sich daraus ergibt, den Begriff der Strategie diskurstheoretisch, d.h. vor allem ohne starkes Subjekt zu denken. Anschließend befaßt sich der Großteil des fünften Kapitels mit

der Herleitung der Strategeme der offensiv-hegemonialen Strategie, also der hegemonialen Strategie, die auf die Etablierung von Hegemonien hinzielt. Diese stehen im Zentrum, weil das hier eingangs formulierte Forschungsinteresse sich ja genau auf Fragen der Entstehung von Hegemonien, und insbesondere der Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft, richtet. Trotz dieses Schwerpunktes wird auch knapp auf die defensiv-hegemoniale Strategie und auf Möglichkeiten einer anti-hegemonialen Strategie Bezug genommen.

Im sechsten Kapitel schließlich wenden wir uns der Analyse des frühen Diskurses der Sozialen Marktwirtschaft zu. Am Anfang dieser Analyse stehen einige Anmerkungen zur methodischen Verknüpfung von Theorie und Empirie. Die Analysemethode kann im wesentlichen als poststrukturalistisch inspiriert gelten, geht es doch darum, innerhalb eines Korpus von Diskursbeiträgen, die aus der heutigen rückblickenden Sicht als maßgeblich für diesen Diskurs gelten dürfen, die Formierung eines spezifisch hegemonialen Beziehungsnetzes zwischen wichtigen diskursiven Elementen dieses Diskurses sowie die Dynamik der Beziehungen in diesem Netz zu rekonstruieren. Diese Rekonstruktion zielt darauf hin, den auf der theoretischen Ebene erarbeiteten Funktionsmechanismen der Hegemonie im Diskurs um das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ nachzuspüren, und dabei insbesondere das Operieren dessen, was im fünften Kapitel als Strategemkomplex der offensiv-hegemonialen Strategie hergeleitet wird, empirisch nachzuweisen. Jedoch darf der Status dieses „Tests“ nicht überschätzt werden: Es kann einer solchen, relativ knappen, ersten empirischen Untersuchung nicht darum gehen, einen „Beleg“ für die Geltung der theoretischen Überlegungen zu finden. Das Ziel ist ein anderes: Es besteht zum einen darin, das spezifische „Wie“ des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ nachzuvollziehen, und zum anderen darin, die Plausibilität der theoretischen Erwägungen zum Phänomen der Hegemonie zu verdeutlichen. Die Diskursanalyse geht in zwei Schritten vor: Zunächst werden Texte von Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhard und der CDU, die im Zeitraum von 1946 bis 1949 erschienen sind, einer detaillierten Einzelanalyse unterzogen; anschließend werden einige weitere Texte aus den Jahren 1949 bis 1959 überblickartig analysiert.

Den Abschluß bildet im siebten Kapitel ein knappes Resümee, ergänzt um eine knappe Erörterung weiterer Forschungsmöglichkeiten und um einen Ausblick auf die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft in der Zeit um das Jahr 2000.